

Bettina Hagedorn

- (A) Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den letzten Jahren um 70 Milliarden Euro entlastet worden.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das war richtig!)

Diese 70 Milliarden Euro haben dann aber logischerweise der Bundesagentur für Arbeit gefehlt.

Wenn Sie nicht ab 2011 wieder einen angemessenen Arbeitslosenversicherungsbeitrag erheben oder Steuerzuschüsse über 2011 hinaus gewähren, werden Sie – das wollen Sie offensichtlich – die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur für Arbeit an die Wand fahren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Was schlagen Sie vor?)

Das Problem ist doch: Der Zuschuss, über den hier heute beraten wird, ist einmalig, das Defizit aber nicht.

Als Herr Weise im Dezember im Haushaltsausschuss den **Haushalt der Bundesagentur für Arbeit** für 2010 vorgestellt hat, hat er, auf Nachfrage, auch gesagt, dass die BA in Krisenzeiten wie den jetzigen, um auskömmliche Einnahmen zu haben, einen Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 4,5 Prozent bis 4,8 Prozent bräuchte. Bei dem Berichterstattergespräch, das vor ein paar Tagen im Bundesministerium für Arbeit stattfand – auch Frau Winterstein und Herr Fischer waren dabei –, hat Herr Weise gesagt: Auch wenn wir keine Krise hätten, bräuchte er, um auskömmlich wirtschaften zu können, einen Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 3,25 Prozent. Da der Arbeitslosenversicherungsbeitrag aber bei 2,8 Prozent liegt und der von Ihnen vorgeschlagene Zuschuss ein einmaliger Zuschuss sein soll, ist eines klar: Dieses Gesetz trägt die Beitragserhöhung ab 2011 schon in sich.

(Beifall bei der SPD)

Mehr netto vom Brutto entpuppt sich unter diesem Gesichtspunkt als reine Augenwischerei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Koalition hat dieses Ziel insbesondere im Wahlkampf wie eine Monstranz vor sich her getragen. In Wahrheit wird mit den Differenzen zwischen Haushalt und Gesetz, die ich gerade zu erläutern versucht habe, der Wählerbetrug offenbar. Was Sie ab 2011 machen, bedeutet doch nichts anderes, als dass – das ist hier angelegt – der Arbeitslosenversicherungsbeitrag massiv steigen muss. Sie wollen es nur noch nicht zugeben, vor allen Dingen nicht vor der Wahl in NRW.

Den Gesundheitsbereich stützen Sie einmalig mit 3,9 Milliarden Euro aus Steuermitteln. Ab 2011 wollen Sie aber die **Arbeitgeberbeiträge** deckeln. Auch das geht zulasten der Arbeitnehmer; denn in dieser Maßnahme ist versteckt, dass die Zusatzbeiträge – im Moment ist davon die Rede, dass ein Zusatzbeitrag von 8 Euro erhoben werden soll – massiv steigen müssen. Hinzu kommt, dass Sie wollen, dass auch für die Pflege privat vorgesorgt wird. Rechnet man all das zusammen, erkennt man, dass für die normale Familie, für den normalen Arbeitnehmer in Deutschland spätestens ab 2011 erheblich weniger netto vom Brutto übrig bleiben wird.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Ich komme zum Schluss.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das wird Zeit!)

Dieses Gesetz stabilisiert die sozialen Sicherungssysteme leider nur für ein Jahr. Dieses Gesetz verhindert Beitragserhöhungen bei Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung leider nur für ein Jahr.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Eines nach dem anderen!)

Dieses Gesetz ist eine unehrliche Antwort auf die Unterfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Diese Unterfinanzierung wird zwar, wie wir alle wissen, durch den demografischen Wandel verursacht; durch die massiven Steuersenkungen, die Sie vornehmen wollen, verschlimmern Sie diese Unterfinanzierung aber mutwillig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zu diesem Gesetzentwurf muss – da sind wir uns bei diesem Volumen und dieser Brisanz für unseren Staat und für die sozialen Sicherungssysteme sicherlich einig – eine Anhörung stattfinden.

Ich sage abschließend: Mit diesem Gesetz spannen Sie tatsächlich, wie Sie es dargestellt haben, einen Schutzschirm auf – allerdings für die Kälte, die Sie selbst erzeugen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist mitnichten eine Solidaritätsaktion, Kollege Kampeter. In Wahrheit ist es so, als würden Sie einen Radiator gegen die Kälte anstellen und gleichzeitig den Strom abschalten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Claudia Winterstein für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befassen uns hier mit dem zweiten Teil der Sofortmaßnahmen der Koalition, nämlich – Frau Hagedorn hat es schon gesagt – dem Schutzschirm für Arbeitnehmer. Nach der steuerlichen Entlastung zum Jahreswechsel durch das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** werden hiermit weitere Punkt aus der Koalitionsvereinbarung umgesetzt.

Frau Hagedorn, haben Sie eine Glaskugel, oder legen Sie Karten?

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Sehr richtig!

Wo Frau Winterstein recht hat, da hat sie recht! –

Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ich tippe bei Frau Hagedorn auf eine Glaskugel!)

(D)

Dr. Claudia Winterstein

- (A) Ich frage mich, wie Sie zu Ihrem Urteil über das Wachstumsbeschleunigungsgesetz kommen, das gerade einmal seit vier Wochen in Kraft ist. Warten Sie es doch einfach ab! Sie werden ganz sicher positiv überrascht werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das geplante Darlehen an die Bundesagentur für Arbeit wird in einen Zuschuss umgewandelt. Der Gesundheitsfonds erhält einen zusätzlichen Bundeszuschuss. Das Gesetz beinhaltet eine besonders gute Nachricht für die Menschen – das ist schon gesagt worden –, die derzeit vielleicht Sorge um ihren Arbeitsplatz haben oder seit einiger Zeit arbeitslos sind und möglicherweise in die Lage kommen, Arbeitslosengeld II beziehen zu müssen: die Anhebung der Freibeträge für die Altersvorsorge. Diese Freibeträge werden – wie vor der Wahl versprochen und in der Koalitionsvereinbarung festgelegt – von 250 Euro auf 750 Euro pro Lebensjahr erhöht und damit verdreifacht. Hierzu wird mein Kollege Johannes Vogel nachher Näheres berichten.

Das Gesetz beinhaltet außerdem zwei gute Nachrichten für alle Beitragszahler in der Sozialversicherung: Die **konjunkturell bedingten Mindereinnahmen** in der Krankenversicherung und der Arbeitslosenversicherung werden nicht in vollem Umfang den Beitragszahlern aufgebürdet, sondern mit einem Zuschuss vom Bund aufgefangen. Beide Versicherungen müssen 2010 mit einem erheblichen Defizit rechnen; das ist uns allen klar. Der Bund deckt das erwartete Defizit bei der Krankenversicherung mit seinem Zuschuss zu mehr als der Hälfte ab – Frau Hagedorn, das ist ein festgelegter Betrag in Höhe von 3,9 Milliarden Euro –, bei der Arbeitslosenversicherung sogar in vollem Umfang. Insofern ist hier nicht von einer Kürzung die Rede. Es gibt diese unterschiedlichen Beträge, weil wir eben noch nicht genau wissen, wie hoch das Defizit ausfallen wird. Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach der Größe des Defizits.

- (B)

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Genau! So einfach ist das, Frau Hagedorn!)

Wirtschaftskrisen wirken sich bei der Bundesagentur für Arbeit immer besonders stark aus, weil sie sowohl bei den Einnahmen wie auch bei den Ausgaben betroffen ist: Die Einnahmen brechen weg, weil es weniger Beschäftigte gibt und die Versicherung somit geringere Einnahmen erhält; die Ausgaben steigen, weil es mehr Arbeitslose gibt, von denen Leistungen bezogen werden. Mit dem Defizit aus dem Jahr 2009 in Höhe von 13,9 Milliarden Euro ist die Bundesagentur ja noch selber zurechtgekommen, weil sie Geld aus der Rücklage entnehmen konnte. Im Jahr 2010 sieht das anders aus: Wir müssen von einem Defizit von bis zu 17,8 Milliarden Euro ausgehen. Wir wissen aber noch nicht, ob das Defizit so hoch sein wird, und warten die weitere wirtschaftliche Entwicklung ab. Dementsprechend wird der Zuschuss ausfallen:

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Genau so!)

vielleicht 16 Milliarden, 14 Milliarden oder 17 Milliarden Euro. Wir wissen es noch nicht. Frau Hagedorn, ich denke, als Haushälterin sollten Sie sich freuen, wenn es

- letztendlich ein Zuschuss von nur 13 oder 14 Milliarden Euro wird, weil sich die Konjunktur so positiv entwickelt hat. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Da muss man doch nicht rumnörgeln, Frau Hagedorn!)

Schon von der vorherigen Regierung war im ersten Haushaltsentwurf für 2010 verankert worden, dass die Bundesagentur ein entsprechendes **Darlehen** bekommt. Insofern sind wir einen Schritt weitergegangen: Wir haben gesagt, dass ein Darlehen zum jetzigen Zeitpunkt sicher ein Problem wäre, weil die Bundesagentur nicht in der Lage wäre, dieses zurückzahlen, es sei denn – das wollen wir nicht –, die Beiträge würden erhöht. Daher haben wir uns entschlossen, hier einen Zuschuss zu gewähren. Das ist zwar eine hohe Belastung für den Bundeshaushalt – das muss man ganz klar sehen –; aber ich denke, es ist die einzige praktikable Lösung, die es in diesem Jahr gibt.

Es ist aus meiner Sicht wichtig, hinzuzufügen, dass diese Entlastungsmaßnahmen natürlich für das Jahr 2010 gelten und nicht auf Dauer angelegt sind. Ich habe auch schon in der Beratung zum Einzelplan 11 deutlich gesagt: Wir wollen, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Aufgabenkritik sehr bald zu konkreten Ergebnissen und damit eben auch zu Kostensenkungen bei der Bundesagentur führt; denn wir wollen eine Erhöhung der Beitragssätze vermeiden.

Auch beim **Gesundheitssystem** strahlt die Krise ins Jahr 2010 aus. Die Einnahmen aus den Versichertenbeiträgen werden nicht ausreichen, um alle Gesundheitskosten abzudecken. Deswegen müssen wir nun zusätzlich und – ich betone – einmalig 3,9 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung stellen. Der Steuerzuschuss an den Gesundheitsfonds wächst damit im Jahr 2010 auf 15,7 Milliarden Euro an. Bedenklich ist, dass damit das Geld für die Krankenkassen noch immer nicht ausreicht. Millionen Versicherte werden Zusatzbeiträge an ihre Kassen zahlen müssen. (D)

Das ist kein Betriebsunfall und schon gar nicht die Schuld des jetzigen Gesundheitsministers.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das wollte die SPD so: Gesundheitsprämie als Wettbewerbsinstrument! – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Schuld des Koalitionspartners!)

Der Zusatzbeitrag in Kombination mit dem Gesundheitsfonds war der faule Kompromiss in der Gesundheitspolitik der Großen Koalition, zwei völlig gegensätzliche Konzepte zu vereinen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das war eine schwierige Zeit! Da dürfen Sie uns nicht so kritisieren!)

– Nein, nein.

(Joachim Poß [SPD]: Das ist die „Erblast“ der Großen Koalition! Mit der wollen die Schwarzen nichts mehr zu tun haben!)

Dr. Claudia Winterstein

- (A) Die Ausgabeseite wurde dabei von Ulla Schmidt völlig vernachlässigt. Als Folge davon wurden die Ausgaben der Kassen – das muss man sich einmal vorstellen – von 144 Milliarden Euro im Jahre 2005 auf über 167 Milliarden Euro im Jahre 2009, also um 23 Milliarden Euro, angehoben. Die Zeche zahlen jetzt die Versicherten.

Durch die jetzt entstandene Situation wird überdeutlich gezeigt, dass wir die **Gesundheitsfinanzierung** dringend neu organisieren müssen. Die Regierungskommission wird hierzu ja auch Vorschläge unterbreiten.

Es geht aber natürlich auch darum, Effizienzreserven im System ausfindig zu machen. Wir wollen die Ausgaben durch mehr Wettbewerb dämpfen und müssen prüfen, ob wir durch bessere Organisationsstrukturen effektiver mit den Beitragsgeldern umgehen können.

(Joachim Poß [SPD]: Ich dachte, dafür ist der Gesundheitsminister und nicht die Regierungskommission zuständig! Das wird doch wohl der Gesundheitsminister und nicht die Regierungskommission machen!)

Auch die Kassen sind aufgefordert, ihre Ausgaben auf Einsparpotenziale zu durchforsten.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: So ist es!)

Immer mehr Steuermittel in ein nicht funktionierendes System zu leiten, ist keine Lösung.

- (B) Das letzte Element dieses Gesetzentwurfs ist ein Sonderprogramm mit Hilfen für Milcherzeuger, das sogenannte **Grünlandmilchprogramm**. In diesem Sonderprogramm sind für die Jahre 2010 und 2011 besondere Grünlandprämien vorgesehen, wodurch den Milchbauern geholfen wird, die existenziellen Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu überwinden.

Noch eine letzte Bemerkung. Alle Belastungen, die dieser Gesetzentwurf für den Bundeshaushalt mit sich bringt, sind im Haushaltsentwurf 2010 bereits berücksichtigt. Die Nettoneuverschuldung musste gegenüber dem ersten Haushaltsentwurf von Finanzminister Steinbrück nicht erhöht werden. Wir satteln also nicht drauf.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Eben! Grundsteuersenkung!)

Dies ist aus Haushältersicht eine durchaus positive Nachricht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Bettina Hagedorn [SPD]: Das ist nicht das Ergebnis Ihrer Sparerfolge, sondern das Ergebnis der besseren Konjunktur!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Kathrin Senger-Schäfer für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Kathrin Senger-Schäfer (DIE LINKE):

(C)

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Rösler, welch ein Glück für Sie: Sie haben Ihre medizinische Ausbildung bei der Bundeswehr erhalten. Dort haben Sie gelernt, sich zu tarnen – eine Fähigkeit, die Ihnen heute sehr zugutekommt.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Er war nicht im Manöver, sondern er war im Krankenhaus tätig! Mein Gott!)

Sie tarnen den radikalen Bruch in der gesetzlichen Krankenversicherung als notwendige Reform.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ullala Schmidt wollte das so!)

Damit wollen Sie Millionen von Krankenversicherten täuschen. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu diesem Vorgehen passt dann auch das Konzept von Herrn Schäuble, das er zur Sicherung der Sozialsysteme auf den Weg bringen will. Der von ihm geplante Schutz der Arbeitnehmer ist in Wirklichkeit ein Schirm zum Schutz der Arbeitgeber. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lässt er in der Finanzkrise in unchristlicher Art im Regen stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist unredlich. Es ist unsozial und entspricht auch nicht dem Gedanken, dass starke Schultern mehr tragen sollten als schwache.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist typisch für diese Regierung. Herr Rösler, Sie wollen in der gesetzlichen Krankenversicherung die Ausfälle des Gesundheitsfonds mit 3,9 Milliarden Euro aus Steuermitteln auffangen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Ja! Das machen wir!)

Mir ist schleierhaft, wie Sie mit 3,9 Milliarden Euro ein voraussichtliches Finanzloch von sage und schreibe 7,9 Milliarden Euro stopfen wollen. Ich sage Ihnen jetzt schon voraus, dass diese Regierung den Rest den Versicherten aufs Auge drücken wird.

Zur Wahrheit gehört auch, dass der **Gesundheitsfonds** nicht ausschließlich durch die Finanzkrise in die derzeitige schlechte Lage gebracht wurde. Der Gesundheitsfonds war und ist von Anfang an – ich behaupte: bewusst – mit unzureichenden finanziellen Mitteln ausgestattet worden.

Im Übrigen handelt es sich hierbei um eine Hinterlassenschaft der Großen Koalition, also auch der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Von Anfang an war gewollt, dass einzelne Krankenkassen über die sprichwörtliche Klinge springen sollten, um